Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 5.00 durch die Austräger ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 18.00, monatlich Mark 6.00.
Anzeigenpreis: im Amtsblattbezirk der Raum der 1sp. Colonelzeile 1.00 Mk., auswärts 1.40 Mk., einschließl. Anzeigensteuer, im amtlichen Teil die halbe Zeile 5.00 Mk., im Reklameteil die Zeile 4.50 Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12236.

Tageblatt · enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.
Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.
Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 101. Sonntag, den 1. Mai 1921. **74. Jahrg.**

In Beckau ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des Gutsbesitzers Ernst Günther, Ortsl.-Nr. 112, erloschen.

655 F.

Die nach der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg vom 31. März im Erzgeb. Volksfreund erlassenen Bestimmungen und Schutzmaßregeln werden für ganz Beckau aufgehoben.

Schwarzenberg, am 29. April 1921. Die Amtshauptmannschaft.

Im hiesigen Handelsregister ist heute auf Blatt 107 eingetragen worden:

In das Handelsgeschäft ist eingetreten der Kaufmann Guido Paul Schmidt in Breitenbrunn. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1921 errichtet worden.

Die Gesellschafterin unter 5 heißt jetzt Elise Margarethe Schmidt verw. gew. Eißner geb. Günther.

Amtsgericht Johanngeorgenstadt, am 28. April 1921.

Lößnitz. Wasserzins-Erhöhung.

Der Wasserzins für die städtische Hochdruckwasserleitung ist vom 1. April d. J. ab auf 1 Mark für jeden durch den Wassermesser angezeigten Kubikmeter und die Wassermessermiete auf 4 Mark jährlich erhöht worden. Der Mindestjahres-Wasserzins beträgt jetzt 14 Mark.

Lößnitz, am 28. April 1921. Der Rat der Stadt.

Schwarzenberg. Gaspreise.

Die Gaspreise sind mit Wirkung vom 1. April 1921 ab in folgender Weise neu festgesetzt worden:

Für Koch- und Industriegas auf 1.40 Mark f. d. Kubikmeter,
für das durch Münzgasmesser zu beziehende Gas auf 1.45 Mark f. d. Kubikmeter.

Schwarzenberg, den 29. April 1921. Der Rat der Stadt.

Schwarzenberg.

Unsere Bekanntmachung vom 21./4. 1921 wird dahin berichtigt, daß nicht der Installateur Arthur Gündel, sondern der Installateur Arno Gündel zur Ausführung von Hausinstallationen im Versorgungsgebiet des städtischen Gaswerkes zugelassen worden ist.

Schwarzenberg, den 27. April 1921. Der Rat der Stadt.

Belieferung der Nährmittelmarke zu Brotmarke 68.

Die angemeldete Nährmittelmarke zur Brotmarke 68 wird ab 3. Mai 1921 mit:
250 Gramm Grieß zu Mark 1,— und
soweit der Vorrat reicht (125 Gramm Reis zu Mark 1,80 oder
(125 Gramm Zwieback zu Mark 1,96,
durch die Konsumvereine und Kleinhändler beliefert.

Gleichzeitig hat die Anmeldung der Nährmittelmarke zu Brotmarke 69, die in gleicher Weise beliefert werden soll, zu erfolgen.

Die vereinnahmten Marken 68 sowie Anmeldungen 69 sind in der üblichen Weise bis 18. Mai 1921 dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft, Ernährungsabteilung, einzureichen.

Zwickau, den 27. April 1921.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.
Dr. Hartenstein.

Jahrmarkt in Grünhain
Sonntag und Montag, den 8. und 9. Mai 1921.

Die Ablehnung Amerikas.

Berlin, 30. April. Freitag nachmittag ist die amerikanische Note in Berlin eingetroffen. Sie ist in ablehnendem Sinne gehalten. Um 4 Uhr trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, um über die weiteren Schritte zu beraten.

Zum 1. Mai.

—t. Während des Zwischenaktes arbeitete der Ministerpräsident Briand eifrig daran, die Welt von der Rechtmäßigkeit der französischen Forderungen, von der Verstocktheit der Deutschen und ihrem bösen Willen zu überzeugen. Nach dementsprechenden Kammerreden machte er die Journalisten der Entente- und amerikanischen Presse in Unterredungen mobil. Viel neues weiß er natürlich nicht zu sagen. Er reitet aber um so intensiver auf allen Steckenpferden.

Das Schlagwort vom imperialistischen und reaktionären Deutschland ist es besonders, das er der Welt in seinem Redezirkus vorführt. „Getretener Quark wird breit, nicht stark", so lautet ein altes Sprichwort. Leider hat es in der Politik und Diplomatie keine Berechtigung. Denn, so breitgetreten der Briandsche Quark ist, so blödsinnig seine Schlagworte sind, etwas bleibt bei öfterer Wiederholung doch hängen, und die Ententebrüder, „sie hören es gerne", und nicht minder ein großer Teil der Neutralen und der Leute in Hardings Reich.

Wie steht es mit dem Imperialismus in Deutschland? Die Teilnahme des alten Deutschlands am Begräbnis der Kaiserin beweist Briand, daß der Kaiserismus bei uns auf dem Marsche ist. Ein mehr als schwaches Argument, wenn man dagegen gewisse Vorgänge in Frankreich betrachtet. Nur ein Beispiel: Am 5. Mai feiert — ja feiert — das republikanische Frankreich den 100. Todestag des Kaisers Napoleons I., der bekanntlich im Exil auf St. Helena starb. Aus dem Festprogramm seien folgende Nummern wiedergegeben: Am 28. April wird im Trocadero in Paris ein Napoleon-Film gekurbelt. Pilgerfahrten nach Malmaison, Fontainebleau, vielleicht auch nach Waterloo, wo eine religiöse Feier abgehalten werden soll, werden veranstaltet. Ein Kongreß ist geplant, an dem Napoleon-Forscher aller Länder (Deutschland natürlich ausgenommen) gelehrte Reden halten sollen. Am 4. Mai: Gedächtnisgottesdienst in Notre Dame. Am 5. Mai: Parade am Arc de Triomphe in Gegenwart des Präsidenten der Republik, damit, wie der Generalsekretär des Festkomitees, Herr Contamine de Latur, erklärt hat: „die Armee von heute sich mit der „großen Armee" von einst in Gedanken vereinen kann." Nachmittags folgt dann die Feier im Invalidendom. Der Zug der Minister und Generäle wird zur Gruft des Kaisers niedersteigen und Marschall Foch wird am Sarkophag die Gedächtnisrede halten. Sie muß — kein leichtes Kunststück — pünktlich 11 Minuten vor 6 Uhr schließen, in dem Augenblick, in dem vor hundert Jahren Napoleon seinen Geist aushauchte. Denn in dieser Minute beginnen draußen die 101 Kanonenschüsse zu dröhnen. Alles das soll vermutlich Frankreich und der Welt beweisen, daß der französische Imperialismus mausetot ist. Dabei ist zu beachten, daß die französische Republik in ihrem jetzigen Bestande 50 Jahre alt ist. Die deutsche feiert bald ihr 3jähriges Jubiläum und ihr rechnet Herr Briand es an, wenn der „toten Frau", die einst nicht im Gewand einer Kriegsgöttin, sondern geschmückt mit den Abzeichen der Liebe und des Wohltuns neben dem deutschen Kaiserthrone saß, von treuen Deutschen die letzte Ehre erwiesen wird. „Briand erklärte seinem Berichterstatter), daß die Zeit für Deutschland gekommen sei, sich von imperialistischen Elementen zu reinigen." Eigentlich müßte die ganze Welt sich vor Lachen krümmen.

Ebenso steht es um die deutschen und französischen Reaktionäre. Wenn Stinnes sich mit allen Mitteln bemüht, das einzige, was uns noch bis zu einem gewissen Grade geblieben ist, die deutsche Wirtschaft, in Gang zu erhalten, so ist er ein Erzreaktionär. Wenn Loucheur dieselbe Wirtschaft, die den deutschen Arbeitern das Brot gibt, auf die intensivste Weise zu zerschmettern versucht, so ist er ein weißes Lämmchen.

Das Arsenal, aus dem Briand die Waffen zu seinen unverantwortlichen Hetzereien bezieht, ist, Gott sei es geklagt, ein deutsches. Man lese nur die Rede, die der ehemalige Reichskanzler Müller vor wenigen Tagen — in Tagen schwerster deutscher Krise! — im Reichstag hielt, man studiere die sozialdemokratische Presse, man beachte das Schmunzeln gewisser Berliner demokratischer (also doch wohl bürgerlicher) Blätter bei jedem Hieb, der auf die Regungen deutschen Willens fällt! Man richte sein Augenmerk darauf, wie gewisse Kreise in Deutschland bemüht sind, Leute, die durch ihre Energie und ihr Können über den Durchschnitt des Spießers hinausragen — ganz gleichgültig, ob sie Noske oder Stinnes heißen, — mit Kot zu bewerfen und zu unterdrücken!

Wer nicht ganz borniert ist und wem nicht Partei-Scheuklappen die Fähigkeit zu politischem Sehen nehmen, der müßte die Taktik Briands, die Deutschen gegeneinander aufzuhetzen, durchschauen. Dadurch, daß er die Arbeiter gegen das „imperialistische und reaktionäre" Bürgertum ausspielt, will er die innerpolitische Unruhe in unserem Vaterlande und damit Deutschlands Schwäche zu einem Dauerzustand machen.

Vorläufig müssen wir uns leider damit abfinden, daß große Teile des deutschen Volkes die Gefahr, in der wir schweben, noch nicht erkannt haben. Die zahlreichen Maifeier-Aufrufe lassen den Hinweis auf das wichtigste, was es jetzt für jeden Deutschen geben sollte, die Einigkeit gegenüber äußeren Feinden vermissen, sie tragen vielmehr die Tendenz der inneren Spaltung an der Stirne. Vielleicht veranlaßt die Nachricht, die wir heute an der Spitze unseres Blattes bringen, hier und da die Teilnehmer an den Feiern des 1. Mai über das nachzudenken, was uns alle heute an erster Stelle bewegen sollte: Der Weg zu Deutschlands Rettung geht allein über die Einigkeit aller Deutschen.

Keine neuen Sanktionen am 1. Mai?

Paris, 29. April. „Chicago Tribune" teilt mit, die Reparationskommission habe festgestellt, gegen Deutschland könnten aus dem Grunde, weil es die bis zum 1. Mai fälligen 20 Milliarden nicht völlig bezahlte, Sanktionen nicht angewandt werden. Der Beschluß sei gegen den verzweifelten Widerstand der französischen Delegierten gefaßt worden.

Steuerüberwachung durch die Alliierten.

Berlin, 29. April. Die Berliner Ententekommission hat das Ergebnis der Steuereingänge des Reiches für das verflossene Jahr im Auftrage des Alliiertenrates eingefordert.

Wirkungen des feindlichen Wirtschaftsboykotts.

Berlin, 30. April. Infolge der immer noch anhaltenden Zurückziehung der Aufträge aus dem Auslande sind in der Groß-Berliner Industrie neue Arbeiterkündigungen erfolgt. In der Holzindustrie ist zum 8. Mai allein 3000 Arbeitern gekündigt worden.

Die Angst der Franzosen.

Der Kommandant der Düsseldorfer Besatzungstruppen macht bekannt: Die Vereinigung Orgesch, „eine heimliche Armee von Söldnern in den Händen der Großindustrie," ebenso der Offiziersbund, „eine Vereinigung, die beseelt ist von heftigem Haßgefühl gegen Frankreich und die Entente," der Reichsoffizierswohnungsnachweis für Offiziere, „der unter dem Deckmantel eines Stellennachweises beauftragt ist, alle geheimen und nicht geheimen Vereinigungen zu versorgen und den Haß gegen die Entente, sowie den Revanchegeist gegen die Entente zu unterhalten," ferner der Reichskriegerverband Kyffhäuser, „eine Vereinigung, die augenblicklich in den Zeitungen einen heftigen antifranzösischen Feldzug führt," sind in dem Gebiete des Brückenkopfes Düsseldorf aufgelöst. Jeder offene oder versteckte Versuch, diese Vereinigungen wieder herzustellen, wird vor die Militärgerichte gebracht.

Das zerstörte deutsche Kriegsmaterial.

Berlin, 30. April. Bis zum 1. April sind an Kriegsmaterial zerstört worden: Geschütze und Rohre 49 320, Maschinengewehre 193 894, Infanteriegewehrläufe 277 801, ungeladene Artilleriegeschosse und Minen 300 000 Tonnen, Maschinengewehre 87 000, Handschußwaffen (Gewehre, Karabiner, Pistolen) 4 767 792, geladene Artilleriegeschosse und Minen 28 Millionen, Scharfzünder 58 Millionen, Handwaffenmunition 345 Millionen, Pulver 18 700 Tonnen. An Luftfahrgeräten sind abgeliefert worden: Motore 27 434, Flugzeuge 13 987.

Gegen die schwarze Schmach.

Cherbourg, 29. April. Am Mittwoch ist der Dampfer „Olympia" mit Frau Briten an Bord hier eingetroffen. Frau Briten ist vom Kongreß der christlich-sozialen Frauen in Chicago mit einer Mission an Marschall Foch beauftragt worden, um die Zurückziehung der schwarzen Truppen aus dem Rheinland zu erreichen. Die Amerikanerin erklärte einer hochstehenden Persönlichkeit, daß es nicht angängig sei, wenn halb zivilisierte Neger die christliche Bevölkerung des Rheinlandes beherrschten.

Grippe-Epidemie im französischen Heere.

Metz, 29. April. Infolge massenhaften Auftretens der Grippe in den lothringischen Staaten und in Nancy sowie in den früheren französischen Grenzgebieten erleiden die augenblicklichen Truppenverschiebungen in den Bezirken eine Störung. Auch die Soldaten in den Kasernen sind von der Epidemie ergriffen, die durch französische Truppen eingeschleppt wurde. Die Kasernen mußten abgesperrt werden, so daß die Truppen nicht nach dem Rheinland befördert werden können. Der militärische Sanitätsdienst hat eine Absperrung der Epidemiegebiete vorgenommen, damit die Truppentransporte um diese Strecken geleitet werden können. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß die Grippe durch bereits transportierte Truppen auch nach dem Rheinlande verschleppt ist.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 29. April. **Reichspräsident Ebert hat seiner Neuaufstellung für die zum Juli in Aussicht genommene Neuwahl des Reichspräsidenten in einem Schreiben an die mehrheitssozialistische Partei zugestimmt.**

Die amerikanischen Milchkühe.

Berlin, 29. April. Der Versand amerikanischer Milchkühe nach Deutschland hat sich als unwirtschaftlich erwiesen. Die Kosten der Anschaffung der Kühe, ihr überseeischer Transport, erforderten 200 000 Dollars, gleich 13 Millionen Papiermark, während die 230 Milchkühe in Deutschland einen Wert von 3 Millionen Mark darstellen. Mit Kraftfuttermitteln im Werte von 200 000 Dollars hätte man in Deutschland für ein Jahr eine um das Vierfache größere Menge Milch erzeugt, als die Kühe geben. Man will daher von einem weiteren Versand amerikanischer Milchkühe absehen und der Milchversorgung in Deutschland durch Lieferung von Kraftfuttermitteln aufhelfen.

(Es würde höchste Zeit, wenn dem Milchkühe-Unfug baldigst ein Ende gemacht würde. „E. V.")

Die Einwohnerwehren.

Die Ministerien in **Württemberg und Offenburg haben den Weiterbestand der Einwohnerwehren unter der Voraussetzung als rechtlich zulässig erklärt, daß die Waffen der Wehren unter ständiger Obhut der Regierung erhalten werden. Die preußischen Einwohnerwehren haben nunmehr, wie die „Deutsche Allg. Ztg." berichtet, dem Staatenministerium Mitteilung davon gemacht, daß ihre Neukonstituierung im Mai erfolgen werde, und zwar auf der gleichen Basis wie in den genannten Ländern.**

München, 29. April. Nach dem zuständigen Ausschuß hat das Plenum des Landtages die für 1919 und 1920 angeforderten Kredite für die Einwohnerwehren in Höhe von rund 15 Millionen Mark gegen die Stimmen der Linksparteien bewilligt.